

**BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN
FREIANLAGENPLANUNG IM BEREICH
„WASSERRÜCKHALT UND RENATURIERUNG“**

Zwischen

der Stadt Gedern, Schloßberg 7, 63688 Gedern

- nachstehend „**AG**“ genannt -

und

[...]

[Bieterhinweis: Wird nach Zuschlagserteilung ergänzt.]

- nachstehend „**AN**“ genannt -

(beide gemeinsam auch „**die Parteien**“)

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1 Vertragsgegenstand und Zielvorstellungen

- (1) Gegenstand dieses Vertrages sind Leistungen des Leistungsbildes Objektplanung Freianlagen (§§ 38 ff HOAI). Die Leistungen sind für das Vorhaben „Wasserrückhalt und Renaturierung der Fließgewässer Gederns“ zu erbringen.
- (2) Bei diesem Vorhaben handelt es sich um Landschaftsarchitekturleistungen für das in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) näher bezeichnete Gelände in Gedern. Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen ergeben sich im Einzelnen aus der Leistungsbeschreibung. Die Flächen sollen bis 30.06.2029 renaturiert werden.
- (3) Die mit der Bauaufgabe verfolgten Zielvorstellungen des Auftraggebers ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) und den übrigen Vergabeunterlagen und sind für den AN verbindlich.

§ 2 Vertragsgrundlagen

Die Parteien vereinbaren als verbindliche Bestandteile dieses Vertrages in nachfolgender Reihenfolge, wobei Reihenfolge gleich Rangfolge ist:

- Bestimmungen dieses Vertrages;
- Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**);
- Kostenschätzung vom 10.04.2025 (**Anlage 2**);
- der mit dem Angebot eingereichte Terminplan (**Anlage 3**);
- Honorarblatt des AN (**Anlage 4**);
- alle übrigen Vergabeunterlagen, soweit nachstehend nicht gesondert erwähnt;
- das Angebot des AN vom [...] (**Anlage 5**), einschließlich des mit dem Angebot eingereichten Konzepts zur Herangehensweise an die methodische, terminliche und personelle Auftragsausführung;
- die mit dem Angebot eingereichte Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentgelt nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG);
- die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Vertragschluss geltenden Fassung;
- für Leistungen, die keine Planungsleistungen im Sinne des § 73 VgV sind: VOL/B in der bei Vertragsunterzeichnung gültigen Fassung (VOL/B-2003);
- sämtliche für das vertragsgegenständliche Vorhaben einschlägigen bau-, umwelt-, naturschutz-, wasserrechtlichen und sonstigen gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen und Auflagen in der bei Abnahme der Leistungen des AN geltenden Fassung;
- die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere diejenigen über den Architekten- und Ingenieurvertrag (§§ 650p ff. i.V.m. §§ 631 ff. und §§ 650a ff. BGB).

§ 3 Beauftragter Leistungsumfang

- (1) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer nach näherer Maßgabe des folgenden § 3.2 mit der Erbringung der in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 bis 9, die dem Leistungsbild Objektplanung Freianlagen (§ 38 HOAI i.V.m. Anlage 11 zu § 39 Abs. 4 HOAI) zuzuordnen sind.
- (2) Die Beauftragung des Auftragnehmers erfolgt stufenweise:

- a) Mit Zuschlagserteilung wird der AN zunächst nur für die Leistungsphasen 1 und 2 beauftragt („Beauftragungsstufe 1“). Der AG behält sich das Recht vor, den AN mit der Erbringung der weiteren Leistungen nach Maßgabe von § 3.2 b) zu beauftragen (Optionsrecht).
 - b) Es besteht die Option der stufenweisen Beauftragung der Leistungsphasen 3 bis 4 (Beauftragungsstufe 2), der Leistungsphasen 5 bis 7 (Beauftragungsstufe 3), der Leistungsphase 8 (Beauftragungsstufe 4) sowie der Leistungsphase 9 (Beauftragungsstufe 5). Die AG ist berechtigt, einzelne, mehrere oder sämtliche der für die Beauftragungsstufe 2, 3, 4 und/oder 5 vorgesehenen Leistungen zu beauftragen.
 - c) Es steht dem Auftraggeber frei, die zu einer der beauftragten Leistungsphasen gehörenden „Besonderen Leistungen“ gemäß Anlage 11.2 zur HOAI jeweils durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer ganz oder teilweise abzurufen. Dabei kann der Abruf einer Besonderen Leistung unabhängig von dem Abruf der jeweiligen Beauftragungsstufe auch dann erfolgen, wenn eine Leistung in der Leistungsbeschreibung nicht genannt ist.
- (3) Der AN verpflichtet sich bereits jetzt, die zu den Beauftragungsstufen 2, 3, 4 und 5 gehörenden Leistungen sowie etwaige Besondere Leistungen nach den Bedingungen dieses Vertrages zu erbringen, sofern diese Leistungen durch den Auftraggeber beauftragt werden. Aus Projektverzögerungen, die allein auf die stufenweise Beauftragung zurückzuführen sind, kann der Auftragnehmer einen zusätzlichen Vergütungs- oder sonstigen Zahlungsanspruch nicht herleiten.
- (4) Ein Rechtsanspruch des Auftragnehmers auf Beauftragung mit weiteren Leistungen über den nach § 3.2 a) beauftragten Leistungsumfang hinaus besteht nicht. Wird der AN nicht mit Leistungen der Beauftragungsstufen 2, 3, 4 und 5 und/oder weiteren Besonderen Leistungen beauftragt, so ist das Vertragsverhältnis mit Abschluss der jeweils beendeten Beauftragungsstufe beendet. Die Vergütung erfolgt dann gemäß dem erbrachten und nachgewiesenen Leistungsstand. Für nicht beauftragte optionale Leistungen stehen dem AN für diese Leistungsteile weder Vergütungs-, Aufwendungs-, Schadensersatz- noch sonstige Ansprüche zu.
- (5) Der Auftragnehmer hat im Rahmen des werkvertraglich geschuldeten Gesamterfolgs – auch bei Beauftragung weiterer Leistungsstufen/Leistungsphasen – sämtliche Grundleistungen und die gesondert beauftragten Besonderen Leistungen der beauftragten

Leistungsphasen nach § 38 HOAI i.V.m. Anlage 11 zur HOAI zu erbringen. Die beauftragten Leistungen werden daher im Sinne selbstständiger, von der Erzielung des Gesamterfolges unabhängig zu erbringender Einzelleistungen geschuldet.

- (6) Der Auftragnehmer ist zudem verpflichtet, die beauftragten Leistungen in allen Leistungsstufen/Leistungsphasen so zu erbringen, dass die Baumaßnahme mangelfrei geplant und errichtet werden kann bzw. wird.

§ 4 Leistungspflichten des Auftragnehmers

- (1) Die Parteien sind sich darüber einig, dass die wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele durch die in § 1 Abs. 3 benannten Zielvorstellungen hinreichend definiert sind, sodass eine Zielfindungsphase im Sinne von § 650p Abs. 2 BGB entfällt.
- (2) Mit Abschluss dieses Vertrages verpflichtet sich der Auftragnehmer gemäß § 650q Abs. 1 BGB, nach näherer Maßgabe dieses Vertrages diejenigen Leistungen zu erbringen, die nach dem jeweiligen Stand der Planung und Ausführung erforderlich sind, um die zwischen den Parteien vereinbarten – und gegebenenfalls nach Vertragsschluss weiterentwickelten – Planungs- und Überwachungsziele zu erreichen.
- (3) Soweit über die in dem vorstehenden Absatz 2 beschriebenen Einzelleistungen hinaus weitere Leistungen zur Erzielung des geschuldeten Gesamterfolges erforderlich werden, sind auch diese in den Grenzen, die sich aus dem nachfolgenden Absatz ergeben, vom Auftragnehmer zu erbringen. Ein zusätzlicher Vergütungsanspruch für geänderte Leistungen steht dem Auftragnehmer nur insoweit zu, als sich dies aus den Bestimmungen dieses Vertrages ergibt (§ 10).
- (4) Der Auftragnehmer hat seine Leistungen entsprechend den anerkannten Regeln der Technik sowie in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des öffentlichen Rechts und der ihm bekannten (fortgeschriebenen) Zielvorstellungen des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftragnehmer hat seine Leistungen außerdem in möglichst wirtschaftlicher Weise zu erbringen. Dies bedeutet insbesondere, dass sämtliche Leistungen im Rahmen der sonstigen Vorgaben und Zielvorstellungen des Auftraggebers sowie des technisch und rechtlich Möglichen mit dem Ziel größtmöglicher Kosteneinsparung sowohl bei der Errichtung des Bauvorhabens als auch bei der späteren Nutzung zu erbringen sind.

- (5) Unbeschadet etwaiger gesetzlichen Anforderungen schuldet der AN die Einhaltung der Vorgaben der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) und dieses Vertrages als Mindeststandard. Soweit der AN in dem mit seinem Angebot eingereichten Konzept zur Herangehensweise an die methodische, terminliche und personelle Auftragsausführung eine über diese Mindestanforderungen hinausgehende Güte und Qualität der Leistungserbringung angeboten hat, ist diese höhere Güte und Qualität als vertragliche Beschaffenheit im Sinne von § 633 Abs. 2 BGB geschuldet. Im Falle eines Widerspruchs zwischen den Vorgaben der Leistungsbeschreibung oder dieses Vertrages einerseits und dem Konzept andererseits gehen die Vorgaben der Leistungsbeschreibung und dieses Vertrages vor, es sei denn, das Konzept sieht eine qualitativ höherwertige Leistung vor.
- (6) Der AN räumt dem AG ein Auskunfts- und Prüfungsrecht nach § 7 Abs. 1 HVTG ein. Der AN verpflichtet sich darüber hinaus, seine Nachunternehmer und Verleihunternehmer vertraglich zu verpflichten, dem AG dieses Auskunfts- und Prüfungsrecht ebenfalls zu gewähren. Die vertragliche Verpflichtung zur Gewährung des Auskunfts- und Prüfungsrechts ist auf alle weiteren Nachunternehmer und Verleihunternehmer zu übertragen.
- (7) Entstehen Widersprüche zwischen verschiedenen Zielvorstellungen des Auftraggebers, zwischen den Zielvorstellungen des Auftraggebers und den anerkannten Regeln der Technik oder aber zwischen den anerkannten Regeln der Technik und dem (neuesten) Stand der Technik bzw. der Wissenschaft, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber entsprechend in Textform aufzuklären und zu unterrichten sowie Entscheidungshilfen zu geben und Entscheidungsalternativen zu formulieren. Die Entscheidung ist dann durch den Auftraggeber zu treffen. Die vom Auftraggeber vorgegebenen (fortgeschriebenen) Zielvorstellungen sind nur insoweit für den Auftragnehmer verbindlich, als sie in sich widerspruchsfrei sind und auch nicht im Widerspruch zu den anerkannten Regeln der Technik bzw. zu zwingenden öffentlich-rechtlichen Bestimmungen stehen.
- (8) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die ihm übertragenen Leistungen durch sein eigenes Büro zu erbringen. Die Beauftragung von Nachunternehmern bedarf in jedem Fall der vorherigen, schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftraggeber ist berechtigt, dem Einsatz von Nachunternehmern zu widersprechen, sofern der Widerspruch aus wichtigem Grunde gerechtfertigt ist. Das ist der Fall, wenn der AN nicht nachweisen kann, dass die Nachunternehmer über die entsprechende fachliche Qualifikation zur Erbringung der beauftragten Leistungen verfügen.

§ 5 Hinzuziehung und Koordination anderer Beteiligter

- (1) Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann nicht ausgeschlossen werden, dass in geringfügigem Umfang weitere Fachplaner hinzugezogen werden müssen, bspw. für Ver- und Entsorgungsanlagen. Der Auftragnehmer ist bereits jetzt verpflichtet, mit etwaig hinzuzuziehenden Fachplanern kooperativ zusammenzuarbeiten.
- (2) Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber rechtzeitig, wenn der Einsatz von weiteren Sonderfachleuten oder Sachverständigen aus seiner Sicht notwendig wird. Der Auftragnehmer berät den Auftraggeber bei der Auswahl der Sonderfachleute bzw. Sachverständigen. Die Beauftragung von Sonderfachleuten oder Sachverständigen erfolgt ausschließlich durch den Auftraggeber selbst.
- (3) Der Auftragnehmer muss bei seiner Planung die Leistungen anderer fachlich Beteiligter berücksichtigen, in fachlicher und zeitlicher Hinsicht koordinieren und in seine Planung in sinnvoller Weise integrieren. Die Pflicht zur Koordination umfasst dabei insbesondere eine inhaltliche Überprüfung auf offenkundige und für den Auftragnehmer erkennbare Fehler und/oder Unvollständigkeiten, die zeitliche Koordination im Hinblick auf die fristgerechte Erbringung der Leistung sowie die fachliche Koordination, insbesondere im Hinblick auf die rechtzeitige, sachlich zutreffende und vollständige Unterrichtung der sonstigen fachlich Beteiligten.

§ 6 Ausführungsfristen

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen so zu erbringen – insbesondere so zu planen –, dass die vertraglich vereinbarte und während der Projektverwirklichung fortgeschriebene Zielvorstellung des Auftraggebers hinsichtlich der zeitlichen Abfolge des Bauvorhabens, insbesondere der Termin zur Fertigstellung des Geländes am 30.06.2029, eingehalten wird.
- (2) Der AN ist verpflichtet, den AG unverzüglich auf Terminüberschreitungen gegenüber dem Terminplan, **Anlage 3**, hinzuweisen, sobald diese erkennbar sind. Der AN ist in diesem Fall verpflichtet, den AG schriftlich über die Ursachen der aufgetretenen Störungen wahrheitsgemäß aufzuklären und ihm schriftlich Vorschläge zur Einhaltung der Termine zu unterbreiten und auf Anordnung des AG entsprechende Optimierungsmaßnahmen einzuleiten und zu überwachen. Die Vorschläge müssen auch Hinweise zu den

voraussichtlichen Auswirkungen auf Kosten, Qualität und den Zeitplan des Bauvorhabens enthalten. Diese Verpflichtungen des AN gelten unabhängig davon, ob der AN eine Terminüberschreitung zu vertreten hat oder nicht und gehören zum geschuldeten Leistungsumfang des AN. Der AN hat mindestens die Leistungen und Qualitäten zu erbringen, die er mittels des Terminkonzeptes mit seinem Angebot angeboten hat.

- (3) Ist zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Vertrages bzw. bei der späteren Beauftragung weiterer Beauftragungsstufen gemäß § 3 dieses Vertrages für die vereinbarten Leistungen bzw. die vereinbarten Leistungsschritte/Leistungsphasen noch keine Festlegung von Vertragsterminen erfolgt, hat der AN diesen Planungsterminplan binnen zwei Wochen nach Vertragsunterzeichnung zu erstellen und dem AG zu übergeben. Der AN hat dabei die Termine und Zeitläufe zu berücksichtigen, die er mit dem Angebot eingereicht hat.

Mit dem AG ist auf dieser Grundlage der Terminplan abzustimmen und verbindlich als Vertragsbestandteil zu vereinbaren. Erfüllt der AN diese Verpflichtung nicht, ist der AG berechtigt, die weiteren Termine für die vereinbarten Leistungsschritte bzw. für selbständige Teilleistungen nach billigem Ermessen gemäß § 315 BGB festzulegen, wobei deren Ablauf die Fälligkeit der jeweils terminierten Leistung herbeiführt. Scheitert die Vereinbarung des Terminplans aus Gründen, die der AN nicht zu vertreten hat, ist das Recht des AG auf Terminbestimmung ausgeschlossen. Die Termine richten sich sodann nach den vertraglich vereinbarten und während der Projektverwirklichung fortgeschriebenen terminlichen Zielvorstellung des Auftraggebers (allgemeine Förderungspflicht nach diesem Abs. 1).

- (4) Befindet sich der AN mit der fristgerechten Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistungen im Verzug, ist der AG berechtigt, nach vorheriger Fristsetzung auf Kosten des AN Dritte mit der Ausführung der nicht frist- oder termingerecht erbrachten Leistungen des AN zu beauftragen (Ersatzvornahme). Weitergehende Schadensersatzansprüche des AG bleiben unberührt. Im Falle wiederholter Terminüberschreitungen durch den AN ist der AG nach erfolgloser Setzung einer angemessenen Frist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos insgesamt oder teilweise zu kündigen und die Ausführung der gekündigten vertraglichen Leistungen des AN an Dritte auf Kosten des AN zu übertragen sowie Schadensersatz statt der Leistung geltend zu machen.

§ 7 Kostenobergrenze

- (1) Für die Freianlage stehen finanzielle Mittel in Höhe von maximal EUR **1.500.000 brutto** für sämtliche Bau- und Baunebenkosten (Kostengruppen 500) zur Verfügung (Gesamtbudget). Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen so zu erbringen – insbesondere so zu planen –, dass das Gesamtbudget eingehalten werden kann (Kostenobergrenze). Der Kostenrahmen ist im Sinne einer vertraglichen Beschaffenheit (§ 633 Abs 2 BGB) vereinbart.
- (2) Der Auftragnehmer ist nach näherer Maßgabe des Abs. 1 zur Kostenkontrolle verpflichtet. Wird für den Auftragnehmer erkennbar, dass die Kostenobergrenze voraussichtlich überschritten wird, z.B. wegen gestiegener Baukosten oder wegen einer Unvereinbarkeit sonstiger Vorgaben des Auftraggebers mit dem Kostenziel, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber hierüber umgehend und umfassend zu unterrichten und Einsparungsvorschläge zu unterbreiten, die geeignet sind, die Einhaltung der vereinbarten Kostenobergrenze sicherzustellen.

§ 8 Honorar

- (1) Für die Erbringung der Leistungen der Beauftragungsstufe 1 aus diesem Vertrag erhält der AN ein Pauschalhonorar nach Maßgabe des mit dem Angebot eingereichten Honorarblatts (vgl. **Anlage 4**).
- (2) Die Vergütung für Besondere Leistungen erfolgt nach Maßgabe der im Honorarblatt angegebenen Stundensätze, sofern die Parteien nicht im Honorarblatt oder mit der Beauftragung der Leistungen eine Pauschale vereinbart haben.
- (3) Die Ermittlung der Vergütung für die nach diesem Vertrag zu erbringenden Planungsleistungen in den Beauftragungsstufen 2, 3, 4 und 5 richtet sich nach der Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) in der bei Vertragschluss geltenden Fassung, insbesondere nach Teil 1 Allgemeine Vorschriften (§§ 1 – 16 HOAI) sowie nach Teil 3 Objektplanung, Abschnitt 2 Freianlagen (§§ 38 – 40 HOAI), unter Berücksichtigung der im Honorarblatt (vgl. Anlage 4) von dem AN angebotenen Berechnungsparameter für Grund- und Besondere Leistungen. Werden dem AN nicht alle Leistungsphasen einer Beauftragungsstufe übertragen, dürfen nur die für die übertragenen Phasen vorgesehenen Prozentsätze berechnet und vereinbart werden (§ 8

HOAI). Wenn nicht im Honorarblatt ausdrücklich eine Pauschale vereinbart wird, gilt das vorstehend Beschriebene.

- (4) Die nach § 14 HOAI erstattungsfähigen Nebenkosten werden nach Maßgabe des in dem mit dem Angebot eingereichten Honorarblatt angebotenen Prozentsatzes auf das jeweilige Nettohonorar vergütet.
- (5) Aus der stufenweisen Beauftragung kann der AN keine Erhöhung seines Honorars ableiten.

§ 9 Zahlung/Umsatzsteuer

- (1) Dem AN werden auf Anforderung für nachgewiesene Leistungen Abschlagszahlungen in angemessenen zeitlichen Abständen, höchstens jedoch einmal monatlich, gewährt. Die Abschlagszahlungen werden fällig vier Wochen, nachdem der AN dem AG eine prüffähige Abschlagsrechnung übergeben hat.
- (2) Der AN ist berechtigt, eine Honorarschlussrechnung zu erstellen, nachdem die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen einschließlich etwaig beauftragter optionaler Leistungen (Beauftragungsstufen 2, 3, 4 und 5 sowie Besondere Leistungen) sämtlich vertragsgemäß erbracht sind. Das Honorar wird fällig sechs Wochen, nachdem der AN dem AG die prüffähige Honorarschlussrechnung überreicht hat.
- (3) Alle Honorarzahlungen an den AN erfolgen nur zu 95 % des jeweils fälligen Honorars. 5 % dieses Honorars verbleiben dem AG als Erfüllungssicherheit und als Sicherheit für Mängelansprüche und werden gegen Stellung einer Sicherheitsleistung ausgezahlt. Für die Sicherheitsleistung gelten die Bestimmungen der §§ 17, 18 VOB/B entsprechend. Nach Abschluss einer jeden Beauftragungsstufe wird die entsprechende Sicherheitsleistung an den AN ausgekehrt.
- (4) Die Zahlungen erfolgen auf ein vom AN zu benennendes Konto.
- (5) Zusätzliche Leistungen, die der AG über den Rahmen dieses Vertrages hinaus beauftragt, werden dem AN – soweit die Parteien keine anderslautende Vereinbarung schriftlich getroffen haben – nach Zeitaufwand vergütet. Dabei werden die Stundensätze nach Maßgabe des Honorarblatts (Anlage 4) vergütet. Die Abrechnung erfolgt auf der Grund-

lage von Stundennachweisen, in denen die Art der Tätigkeit, der Tag der Leistungserbringung, Name und Funktion des Mitarbeiters sowie der Stundenaufwand ausgewiesen sind. Weitere Kosten, insbesondere Nebenkosten, allgemeine Bürokosten, Fahrtkosten oder ähnliches, werden nicht gesondert erstattet.

§ 10 Leistungsänderungen und -ergänzungen, zusätzliche Leistungen

- (1) Auf Verlangen des AG hat der AN auch zusätzliche Planungsleistungen, also z.B. über den nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungsumfang hinausgehende Planungsänderungen oder Planungsergänzungen, zu erbringen. Sofern es sich insoweit um wesentliche Leistungen handelt, werden die Parteien im Einzelfall ein Zusatzhonorar sowie – falls notwendig – eine Verschiebung der vertraglich vereinbarten Fristen und Termine unter Berücksichtigung des Umfangs der zusätzlichen oder geänderten Leistungen vereinbaren. Die Höhe des Zusatzhonorars ist nach Maßgabe von § 10 HOAI zu ermitteln, sofern die Parteien sich nicht auf eine pauschale Abgeltung der dem AN entstehenden Aufwände einigen.
- (2) Die Vereinbarung über die Höhe des Zusatzhonorars und über eine etwaige Verschiebung der vertraglichen Termine und Fristen ist vor Beginn der Ausführung der zusätzlichen oder geänderten Leistungen zu treffen. Auch soweit sich die Parteien über die Höhe des Zusatzhonorars oder darüber, ob dem AN dem Grunde nach ein Zusatzhonorar zusteht, sowie über die Notwendigkeit bzw. den Umfang der Verschiebung von Terminen und Fristen nicht geeinigt haben, ist der AN verpflichtet, die zusätzlichen oder geänderten Leistungen zu erbringen, sofern der AG dies schriftlich angeordnet hat. Das Zusatzhonorar wird dann später nach Maßgabe des vorstehenden Absatzes und eine etwaige Verschiebung von vertraglichen Terminen und Fristen anhand des üblichen, für die fraglichen Leistungen notwendigen Zeitaufwandes ermittelt. Aus dieser Bestimmung kann keine Partei ein Leistungsbestimmungsrecht herleiten.
- (3) Der AN ist verpflichtet, vor Beginn der Ausführung der zusätzlichen oder geänderten Leistungen, für die er beabsichtigt, ein Zusatzhonorar geltend zu machen, dem AG einen etwa geltend gemachten Anspruch auf Zusatzhonorar sowie auf eine Verschiebung der vertraglichen Termine und Fristen schriftlich anzukündigen. Die rechtzeitige Ankündigung ist Voraussetzung für einen Anspruch auf Zusatzhonorar sowie auf eine Verschiebung der Termine und Fristen; fehlt eine rechtzeitige Ankündigung, kann sich der AG darauf verlassen, dass die zusätzliche oder geänderte Leistung nicht zu einem Zusatz-

honorar oder einer Termin- und Fristenverschiebung führt. Ohne rechtzeitige Ankündigung sind auch Zahlungsansprüche oder Termin- und Fristenverschiebungen aus sonstigen Rechtsgründen ausgeschlossen.

- (4) Die rechtzeitige Ankündigung ist dann nicht Anspruchsvoraussetzung, wenn der AG bei der Anordnung der zusätzlichen oder geänderten Leistungen von ihrer Entgeltlichkeit bzw. von terminlichen Konsequenzen ausgegangen ist oder hiervon ausgehen musste oder der AN die entsprechende Ankündigung ohne Verschulden unterlassen hat. Gleiches gilt, wenn dem AG keine Alternative zur sofortigen Ausführung der zusätzlichen oder geänderten Leistung durch den AN geblieben wäre; hätte nur eine im Vergleich zu der vom AN ausgeführten Leistung preiswertere Alternative bestanden, ist der Vergütungsanspruch des AN entsprechend zu kürzen. Für das Vorliegen vorstehender Ausnahmetatbestände trägt der AN die Darlegungs- und Beweislast.
- (5) Sind einzelne Grundleistungen infolge einer Leistungsänderung oder im Rahmen einer zusätzlichen Leistung ganz oder teilweise nach grundsätzlich verschiedenen Anforderungen erneut zu erbringen, sind die wiederholten Grundleistungen nach den gleichen Grundsätzen wie die ursprünglichen Leistungen zu vergüten. Um diesen Betrag erhöht sich dann die vereinbarte Vergütung. Sind nur Teile einer Grundleistung neu zu erbringen, sind auch diese prozentual zu bewerten, und zwar nach dem Verhältnis der anrechenbaren Kosten der von der Änderung betroffenen Leistung zu den gesamten anrechenbaren Kosten des Objektes.
- (6) Auch soweit die Parteien sich über ein Zusatzhonorar noch nicht geeinigt haben, ist der AN verpflichtet, seine Leistungen aus diesem Vertrag zu erbringen.

§ 11 Abnahme

- (1) Die Leistungen des AN müssen förmlich abgenommen worden. Hierzu erstellen der AN und der AG nach vertragsgemäßer Erbringung sämtlicher geschuldeter Leistungen – ggf. auch nach Vertragsschluss beauftragter weiterer Stufen oder besonderer Leistungen – des AN, ein von beiden Seiten zu unterzeichnendes Abnahmeprotokoll.
- (2) In Abweichung von § 650s BGB ist der AG verpflichtet, die Leistungen des AN für jede Leistungsphase bei Vorliegen der Abnahmevoraussetzungen im Übrigen in einer Teilabnahme abzunehmen. Zu weiteren Teilabnahmen ist der AG nicht verpflichtet.

§ 12 Urheberrecht

- (1) Der AN überträgt dem AG die Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an allen nach diesem Vertrag zu erstellenden Unterlagen und zu erbringenden Leistungen. Der AG darf die vom AN erstellten Unterlagen, die Pläne für die Baumaßnahme und das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des AN bis zur Fertigstellung nutzen, ändern und verwerten. Der AG ist berechtigt, das Bauwerk nach seiner Fertigstellung ohne Mitwirkung des AN zu ändern, insbesondere zu modernisieren und/oder in sonstiger Weise den aktuellen Erfordernissen anzupassen. Dies gilt nicht, wenn eine Entstellung des Werkes oder eine andere Beeinträchtigung i. S. des § 14 UrhG zu befürchten ist. Der AG wird den AN vor wesentlichen Änderungen eines nach dem Urheberrecht geschützten Werkes anhören.
- (2) Der AG ist auch im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages oder im Falle der Nichtbeauftragung weiterer Leistungen bei vereinbarter Stufenbeauftragung berechtigt, die Planung und/oder das Bauwerk ohne Mitwirkung des AN zu vollenden. Im vertraglich vereinbarten Honorar ist die Übertragung sämtlicher urheberrechtlicher Nutzungsbefugnisse, einschließlich der etwaigen Vergütung nach § 32 UrhG, enthalten und damit abgegolten.
- (3) Der AG darf die Nutzungs-, Änderungs- und Verwertungsrechte auf den jeweiligen, zur Verfügung über das Grundstück Berechtigten übertragen.
- (4) Der AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des AN. Der AN bedarf zur Veröffentlichung der Zustimmung des AG.

§ 13 Unterlagen

- (1) Unverzüglich nach Beendigung der letzten beauftragten Leistungen einschließlich der zugehörigen beauftragten Besonderen Leistungen stellt der Auftragnehmer die gefertigten Pläne und alle sonstigen Unterlagen und Dokumente zusammen und übergibt diese in dreifacher Ausfertigung dem Auftraggeber. Dem Auftraggeber sind auch alle sonstigen Unterlagen zu übergeben, die für die Fortsetzung des Bauvorhabens bzw. für die Bewirtschaftung des Objekts erforderlich sind.

- (2) Soweit eine Digitalisierung möglich ist, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Unterlagen in digitalisierter Form zu übergeben. Pläne sind dem Auftraggeber jeweils dreifach auf Papier und digital als CAD-Datei (dwg- oder dxf- oder shape-Format) zur Verfügung zu stellen.
- (3) Gegenüber dem Anspruch des Auftraggebers auf Übergabe von Unterlagen steht dem Auftragnehmer ein Zurückbehaltungsrecht nicht zu.
- (4) Soweit Unterlagen nicht an den Auftraggeber herauszugeben sind, ist der Auftragnehmer berechtigt, diese Unterlagen 10 Jahre nach vollständiger Leistungserbringung zu vernichten.

§ 14 Haftung, Versicherung und Verjährung

- (1) Für Mängelrechte des AG gelten die Regelungen des Architekten- und Ingenieurvertragsrechts, §§ 650p ff. BGB mit der Maßgabe, dass der Rücktritt vom Vertrag ausgeschlossen ist. Stattdessen gelten ausschließlich die nachfolgend in § 13 dieses Vertrages vereinbarten Kündigungsregelungen. Die Haftung des AN für Arglist und Ansprüche aus unerlaubter Handlung richtet sich nach den gesetzlichen Regelungen.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung mit den im Verfahrensbrief definierten Deckungssummen nachzuweisen und über die Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten.

Der AN ist zur unverzüglichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit der Versicherungsschutz in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht oder in Frage gestellt ist. Dies gilt auch, sofern die pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehenden Deckungssummen aufgebraucht sind oder werden. Der AN sichert bei Vertragsabschluss zu, dass die Mindestdeckungssummen noch zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen.

Der AG kann nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres vom AN die Vorlage einer aktuellen Versicherungsbestätigung verlangen, aus der sich die versicherten Deckungssummen und der bestehende Versicherungsschutz ergeben muss. Kommt der AN diesen Pflichten nicht nach, ist der AG nach Ablauf einer gesetzten Nachfrist von zwei Wochen mit Kündigungsandrohung zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt. Die vorstehenden Sätze 2 und 3 gelten nicht bei Vereinbarung einer objektbezogenen Einzelversicherung.

- (3) Vertragliche Mängelansprüche des AG verjähren nach Ablauf von fünf Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt zum Zeitpunkt der Abnahme gemäß § 10. Für die Leistungen bis einschließlich Leistungsphase 8 beginnt die Verjährungsfrist mit der Teilabnahme gemäß § 10 Abs. 2, wenn eine solche erfolgt ist.

§ 15 Kündigung

- (1) Die Kündigung dieses Vertrages bedarf der Schriftform. Ihre Wirksamkeit richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit nachstehend nichts anderes vereinbart ist.
- (2) Eine ordentliche Kündigung des Vertrages durch den AN ist ausgeschlossen.
- (3) Der Vertrag ist von beiden Seiten aus wichtigem Grund kündbar. Die in diesem Vertrag ausdrücklich genannten wichtigen Kündigungsgründe sind nicht abschließend. Besteht der wichtige Grund in einer Vertragsverletzung der jeweils anderen Partei, ist eine Kündigung nur nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. Eine Fristsetzung ist entbehrlich, wenn der Vertragspartner die Vertragserfüllung schon zuvor endgültig und ernsthaft verweigert hat, sodass eine Fristsetzung eine sinnlose Förmlichkeit darstellen würde. Eine Kündigung kann auch auf einzelne, selbständig bewertbare oder verwertbare Teilleistungen beschränkt werden (Teilkündigung). Als wichtiger Grund für eine Kündigung durch den AG ist insbesondere anzusehen:
- a) Der AN beteiligt sich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen (§ 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung).
 - b) Der AN gewährt, verspricht oder bietet Personen, die auf Seiten des AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf die Zugehörigkeit zum AG Vorteile an.
 - c) Bei Insolvenz des AN mit dem Tag der Insolvenzeröffnung, bei Vergleichsverfahren gegen den AN mit dem Tage der Eröffnung des Vergleichsverfahrens oder bei Ablehnung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse.
 - d) Wenn schwerwiegende Verstöße gegen die Vertragsbestimmungen vorliegen, bei denen es dem AG nicht zuzumuten ist, das Vertragsverhältnis fortzusetzen.

Schwerwiegende Gründe können sowohl in den allgemeinen Verhältnissen als auch im Verhalten oder der Person des AN oder seiner Erfüllungsgehilfen liegen.

- e) Bei schuldhaftem Verstoß des AN, seiner Nachunternehmer oder Verleiher von Arbeitskräften gegen die Verpflichtungen aus der Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentgelt gemäß dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG).
- (4) Im Falle einer Kündigung oder sonstigen Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der AN seine Arbeiten schnellstmöglich so abzuschließen, dass ohne unangemessene Schwierigkeiten eine Übernahme der Leistungen und die Weiterführung der Leistungen und des Bauvorhabens durch einen Dritten möglich ist. Der AN hat dem AG den vollständigen Leistungsstand innerhalb von sieben Kalendertagen nach Zugang der Kündigung durch Vorlage aller bereits erbrachten Leistungen (insbesondere Planungsunterlagen) nachzuweisen.
- (5) Im Falle der ordentlichen Vertragskündigung durch den Auftraggeber sowie im Falle der einvernehmlichen Vertragsaufhebung (ohne dass die Vertragsaufhebung aus einem vom Auftragnehmer zu vertretenden Grund veranlasst worden wäre), behält der Auftragnehmer den Anspruch auf das vertragliche Honorar auch für die infolge der vorzeitigen Vertragsbeendigung nicht mehr erbrachten Leistungen. Er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrags an Aufwendungen erspart, sowie außerdem auch dasjenige, was er durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt („anderweitiger Erwerb“), § 648 BGB. Die ersparten Aufwendungen werden mit 95 % des Honorars der noch nicht erbrachten Leistungen festgelegt, sofern nicht der Auftraggeber höhere oder der Auftragnehmer geringere Ersparnisse nachweist. Anderweitiger Erwerb ist von dieser Pauschalierung nicht umfasst und zusätzlich zu berücksichtigen.
- (6) Im Falle einer Vertragsbeendigung durch eine vom Auftraggeber ausgesprochene außerordentliche Kündigung hat der Auftragnehmer lediglich Anspruch auf Vergütung der bis zu diesem Zeitpunkt erbrachten Leistungen, soweit die erbrachten Leistungen für den Auftraggeber in zumutbarer Weise verwertbar sind. Sofern ein Anspruch des Auftraggebers dem Auftragnehmer gegenüber auf Schadensersatz und/oder auf Mehrkostenerstattung besteht, ist der Auftraggeber berechtigt, mit diesem Anspruch die Aufrechnung gegenüber dem Vergütungsanspruch des Auftragnehmers zu erklären.

§ 16 Schlussbestimmungen

- (1) Die Parteien sind sich darüber einig, dass auf diesen Vertrag ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland anwendbar ist.
- (2) Im kaufmännischen Geschäftsverkehr wird als Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertrag der Sitz des AG vereinbart.
- (3) Änderungen, Ergänzungen und Nebenbestimmungen bedürfen der Schriftform.
- (4) Von diesem Schriftformerfordernis kann nur durch schriftliche Vereinbarung abgewichen werden.
- (5) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages oder eine später in ihm aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise nichtig sein oder werden oder sollte sich eine Lücke in diesem Vertrag herausstellen, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, an Stelle der nichtigen Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke mit Rückwirkung diejenige wirksame und durchführbare Regelung zu vereinbaren, die rechtlich und wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt bei Abschluss des Vertrags bedacht hätten. Beruht die Nichtigkeit einer Bestimmung auf einem darin festgelegten Maß der Leistung oder der Zeit (Frist oder Termin), so gilt die Bestimmung mit einem dem ursprünglichen Maß am nächsten kommenden rechtlich zulässigen Maß als vereinbart. Den Parteien ist das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 24.09.2002 (KZR 10/01) bekannt. Es ist dennoch der ausdrückliche Wille der Parteien, dass dieser § 16.5 keine bloße Beweislastumkehr zur Folge hat, sondern § 139 BGB insgesamt abbedungen ist.

Gedern, den _____, den _____

(Auftraggeber)

(Auftragnehmer)